

## Hassverbrechen in Deutschland

Eine Stellungnahme der beiden Regionalzentren für demokratische Kultur  
in Trägerschaft der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern

25. November 2011

Nach den demokratiefeindlichen Morden von Oslo hatten wir die Bundes- und Landtagsabgeordneten Mecklenburg-Vorpommerns bereits auf die beunruhigenden Entsprechungen in Anspruch und Erscheinungsbild des hiesigen Rechtsextremismus hingewiesen. Heute müssen wir die Tatsache begreifen, dass neben der alltäglichen Gewalt, die bereits seit Jahrzehnten von diesen menschenverachtenden Gruppen ausgeht, auch die Dimension durch Hass motivierter, konspirativ geplanter Morde und Anschläge bereits längst in unserem Land angekommen ist.

- **Wir sind nicht mit einer ‚Zelle‘ des Terrors konfrontiert sondern mit einem eng verwobenem Milieu, das potentiell viele ‚Zellen‘ dieser Art hervorbringen kann.**

Die verantwortliche Gruppe wird derzeit häufig als ‚Terrorzelle‘ bezeichnet, mögliche weitere Täterinnen und Täter als ‚Unterstützer‘. Diese Darstellung deutet das Geschehen als singuläres Handeln einer abgegrenzten Gruppe und verkennt damit die Tatsache eines eng vernetzten Milieus, aus dem heraus jederzeit Täter(gruppen) erwachsen können.

- **Das Potential für weitere Hassverbrechen ist hoch und nicht auf einzelne Strukturen begrenzt.**

Es gibt in diesem Milieu unzählige Hass-Prediger, die die ideologisch-emotionale Aufladung Einzelner und Gruppen forcieren und instrumentalisieren. Die Gefahr geht dabei nicht von wenigen Gruppen aus, NPD-Strukturen, Freie Kameradschaften, autonome Nationalisten und viele weitere Strukturen und Aktionsforen agieren vielfältig vernetzt und arbeitsteilig. Die Vernetzung ist bundesweit und international. Das Verbot einzelner Strukturen führte bisher stets nur zu Verschiebungen von Aktivitäten nicht zu deren Beendigung. Die Nachwuchsausbildung der ‚Wiking Jugend‘ wurde nach ihrem Verbot 1994 z. B. von der ‚Heimattreuen Deutschen Jugend‘ weitergeführt und findet auch nach deren Verbot 2010 unvermindert statt.

- **In Mecklenburg-Vorpommern finden koordinierte Anschläge auf Einrichtungen und Personen statt.**

Angriffe auf Bürgerbüros aller demokratischen Parteien sind in unserer Region in den Sommermonaten fast alltäglich. Farbbeutelattacken, Drohbriefe, beschädigte Autos, eingeworfene Fenster und vor allem der Sprengstoffanschlag auf den Briefkasten eines Staatsanwalts tragen die Bedrohung inzwischen in die privaten Räume der Menschen. Während des Landtagswahlkampfes kam es zu mehreren Körperverletzungsdelikten. Die Hemmschwellen sinken ab.

- **Die verschiedenen ideologischen Hintergründe von Hass-Verbrechen relativieren einander nicht.**

Der ideologische Hintergrund von Hass-Verbrechen ist nicht zufällig, aber austauschbar. Vor dem Hintergrund der gegebenen Rahmenbedingungen ist es kein Zufall, dass in Ostdeutschland rechtsextreme Organisationen besonders erfolgreich für ihre Weltdeutungsmuster werben konnten. Religiös-schwärmerische Weltbilder und Endzeitphantasien haben aber weltweit Konjunktur. Vorstellungen von einem Endkampf der Kulturen oder Systeme prägen religionsbasierte Bewegungen ebenso wie politisch-ökonomische Ideologien. Die Entsetzlichkeit der Taten der einen Gruppe relativiert aber die Handlungen der jeweils anderen nicht. Die Herausforderungen durch verschiede-

ne Ideologien neutralisieren sich nicht gegenseitig, sie summieren sich! Hass-Verbrechen jeder Art sind eine Katastrophe für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung.

➤ **Vielfalt demokratieschützender und demokratiefördernder Maßnahmen in Methode, Ziel und Trägerschaft.**  
Es gibt nicht den einen Königsweg zur Verhinderung von demokratiefeindlichen Bestrebungen und Verbrechen. Ebenso vielfältig wie die Herausforderungen müssen die Maßnahmen zu ihrer Bewältigung sein. Staatliche Strukturen sind dabei ebenso gefordert wie zivilgesellschaftliche Institutionen und ihr arbeitsteiliges und kooperatives Zusammenwirken ist zu fördern. Gleichzeitig müssen aber auch die Grenzen der Kooperation z. B. durch unterschiedliche Kommunikations- und Entscheidungswege oder rechtliche Kompetenzen wechselseitig anerkannt werden.

➤ **Jeder Art von Hass-Verbrechen muss entschieden begegnet werden.**  
Es ist richtig, demokratiefeindliche Strukturen zu beobachten, ihr Handeln und ihre Ziele zu analysieren, ihren Absichten mit allen demokratisch-rechtsstaatlichen Mitteln entgegenzuwirken, Straftaten entschlossen zu verfolgen und Organisationen, bei entsprechender verfassungsrechtlicher Grundlage, auch zu verbieten. Dies kann auch dazu beitragen den rechtsextremen Strukturaufbau und den Zufluss von Mitteln zeitweise zu hemmen, es bietet jedoch keinen ausreichenden Schutz gegen die Verbreitung und Steuerung von Hass-Ideologien.

➤ **Hass-Ideologien werden sowohl durch bestimmte individuelle Voraussetzungen als auch durch bestimmte Rahmenbedingungen begünstigt.**

Zentrale Elemente jeder Hass-Ideologie sind die Abwertung von bestimmten Gruppen oder Einzelpersonen und die Akzeptanz von Gewaltanwendung gegen diese Personen. Grundlegende Werte wie Menschenwürde und Gleichwertigkeit werden in Frage gestellt. Eine solche Haltung wird durch das Fehlen grundlegender sozialer Fähigkeiten wie Empathie, Diversitätsakzeptanz und Konfliktlösungskompetenz ebenso gefördert wie durch schwierige soziale, politische und ökonomische Rahmenbedingungen. Maßnahmen gegen Menschenfeindlichkeit und Hass-Verbrechen müssen deshalb beides in den Blick nehmen: sowohl die Vermittlung sozialer Elementarkompetenzen an die Individuen als auch die Verbesserung der gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen.

➤ **Die Angebote der Regionalzentren für demokratische Kultur entsprechen den Herausforderungen: sie bieten Demokratiebildung, Gemeinwesenentwicklung und Akutunterstützung:**

Demokratiebildung: Motivation, Befähigung und Gelegenheit zur Demokratie: Um demokratische Strukturen mit Leben zu füllen, müssen möglichst viele Menschen für die Chancen von Mitwirkung sensibilisiert und zur Übernahme von Mit-Verantwortung motiviert werden. Dafür brauchen sie Fähigkeiten, die früh und kontinuierlich erlernt und erprobt werden sollten. Die Demokratiebildung bietet deshalb von der KiTa, über Schule und Jugendarbeit, bis zu Berufsschule und Jobcenter Methoden, um demokratische Elementarkompetenzen zu erlernen und einzuüben. Für Erwachsene wird diese Unterstützung unter anderem in Vereinen, Initiativen oder ehrenamtlichen Beiräten geleistet.

Gemeinwesenentwicklung: strukturelle Stärkung der Demokratie: Es werden alle Institutionen und Personen beraten, begleitet und vernetzt, die demokratisches Miteinander schaffen und/oder stabilisieren und dadurch teilweise unter schwierigen Rahmenbedingungen Handlungsspielräume für die Demokratie eröffnen, bewahren oder zurückgewinnen.

Akutunterstützung: zeitnahe Hilfe angesichts konkreter Herausforderungen: Bei Vorfällen mit mutmaßlich demokratiefeindlichem Hintergrund vermittelt die Akutunterstützung Kontakt zu Opferhilfe, Polizei und Justiz. Sie erteilt Auskünfte zu ausgewählten rechtlichen Fragen (z. B. bei Unterwanderung in Elternräten, Initiativen etc.) und bietet Informationen, Analysen und Fortbildungen. Ebenso leistet sie Hilfestellung beim Aufbau lokaler Bündnisse.

➤ **Die Angebote der Regionalzentren für demokratische Kultur sind qualitativ gut.**

Schon 2009 und 2010 erfolgte für die Regionalzentren für demokratische Kultur eine ausführliche wissenschaftliche Begleitforschung und Evaluation durch die Universitäten Greifswald und Rostock. Die Untersuchung attestierte unter anderem eine erfolgreiche Verankerung und Akzeptanz der Angebote, hohe soziale und methodische Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie den gelungenen Aufbau solider Netzwerke.

➤ **Die Angebote der Regionalzentren für demokratische Kultur sind quantitativ nicht ausreichend.**

Die Nachfrage nach den Angeboten überschreitet deutlich die Kapazitäten – dies zeigt die Notwendigkeit des Angebots ebenso wie seine Akzeptanz. Die Regionalzentren reagieren darauf mit thematischen und regionalen

Gefördert durch



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms  
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Schwerpunktsetzungen und kompetenzbezogener Arbeitsteilung. Dennoch kann immer wieder Anfragen aus Kapazitätsgründen nicht entsprochen werden, was Möglichkeiten und Potentiale verschenkt.

➤ **Demokratisierung und Demokratieförderung kann nicht an einzelne Strukturen delegiert werden, sondern kann nur im Zusammenwirken aller Gesellschaftsteile gelingen.**

Maßnahmen zur Demokratieförderung können keine Kompensation für schwache, fehlende oder mangelhaft ausgestattete Angebote der Jugendhilfe, demografische Herausforderungen und negative Rahmenfaktoren sein und sie können lückenhaftes zivilgesellschaftliches Engagement nicht stellvertretend ersetzen. Sie können dort wirken, wo es potenzielle Partner gibt. Sie können Partner vielfältig begleiten und stärken, ihnen bei der Vernetzung helfen, ihnen Stimme oder Verstärker sein.

➤ **Zentrale Anlaufpunkte, kleinteilige Förderung.**

Im Bereich der zivilgesellschaftlichen Initiativen bilden in Mecklenburg-Vorpommern die Regionalzentren für demokratische Kultur die Knotenpunkte der Arbeit zur Demokratieförderung. Neben ihren Angeboten bedarf es aber einer breiten Palette staatlicher Maßnahmen und Angebote und auch weitere zivilgesellschaftliche Projekte zur Demokratieförderung wie z. B. die landesweite Opferberatung LOBBI e. V. oder das Jugendbildungsprojekt Netzwerk für Demokratie und Courage e. V. Die Schaffung zentraler Anlaufpunkte für Unterstützungssuchende ist im Interesse der Übersichtlichkeit der Angebotspalette sinnvoll, genauso aber auch die Förderung dezentraler und kleinteiliger Vielfalt.

Gefördert durch



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms  
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.

